

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2, — RM. Alle Postbestellungen, Postämter und Buchhandlungen sind zu befragen. Einzelnummern 10 Pf. Wochensatz 50 Pf. Wochensatz für Wilsdruff u. Umgegend 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 22. Juni 1932

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 144 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 22. Juni 1932

## Rechter Hand, linker Hand!

Es gibt ein altes Studentenlied, in dem es so schön heißt: „Rechter Hand, linker Hand, alles veranfaßt! Strahe wie wunderbar, du bist berauscht.“ Daran muß man unwillkürlich denken, wenn man sich damit beschäftigt, die verschiedenen Meinungen über den unseligen Streit zwischen Reich und Ländern wegen des Uniform- und SA-Verbotes zu studieren. Es gab einmal eine Zeit, es sind nur einige Jahre her, da war die Stimmung zwischen München und Berlin auch nicht gerade rosig, und in der damaligen Berliner Regierungspresse, vor allem in den Blättern der Demokraten und Sozialdemokraten, wurden die Bajuwaren tagtäglich mit Hohn und Spott überhäufert, am liebsten hätte man von Berlin so einen kleinen Feldzug gegen München unternommen. Das war in der Zeit, als die Männer Dillers in den bayerischen Ämtern gern gesehen waren. Gegen Stuttgart und Karlsruhe war die Stimmung stets sanfter, denn dort ließ man sich manches von Berlin gefallen, weil man damals schon parteipolitisch mit der Reichsregierung sympathisierte und ihr keine Schwierigkeiten machen wollte. Auch die Bayern haben sich später beruhigt, als sie in der Reichsregierung vertreten waren. Nur von Zeit zu Zeit hielt Herr Held, um die lockende Volksseele zu beruhigen, eine Brandrede gegen Berlin. Aber sonst blieb es ruhig, auch dann, als Herr Brüning mit seiner Politik der Notverordnungen ziemlich tief in die Rechte der Länder eingriff. Ach, was haben sie da alles ruhig hingelassen. Kein Widerstand regte sich, weder in München, noch in Stuttgart, noch in Karlsruhe, auch nicht in der preussischen Regierung.

Nun hat sich plötzlich das Blatt in der Reichspolitik gewendet und siehe da, alles ist veranfaßt. Aus München, aus Stuttgart und aus Karlsruhe kommen die Minister nach Berlin, fordern den Schutz ihrer Sonderrechte und weigern sich, die Notverordnungen der neuen Reichsregierung in ihren Ländern durchzuführen. Und die Bayern sind in den ihnen einst so verhassten demokratisch-sozialdemokratischen Berliner Wäutern die Helden des Tages. Da wird ihr Mannesmut gelobt, setzen sich Politiker für Länderrechte ein, während sie früher hundert- und tausendmal bereit waren, fallsieheind über alle Proteste hinwegzugehen. Jetzt wird sogar das gefährliche Wort von der Mainlinie wieder hervorgeholt. Vielleicht werden die Bayern doch ein wenig mißtrauisch, wenn sie sich ihre Lobredner von heute ein wenig näher ansehen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Sache der Reichsregierung hier zu vertreten. Wir haben den Ereignissen ohne parteipolitische Voreingenommenheit gegenüber. Aber wir haben es für unsere Pflicht, an der Erhaltung des inneren Friedens mitzuwirken und nach der Wahrheit zu forschen, die sich hinter dem Streit der Tagesmeinungen verbirgt. Dazu ist es zunächst einmal nötig, sich mit dem eigentlichen Sinn der Maßnahmen der neuen Reichsregierung zu befassen. Die Regierung von Papen ist vom Reichspräsidenten berufen worden, weil Hindenburg die Methoden Brüning's nicht mehr mitmachen wollte, eine starke Volksbewegung mit Mitteln der Gewalt niederzuhalten. Ihm schien dies eine Gefahr für den inneren Frieden, und er hat der neuen Reichsregierung zur Aufgabe gestellt, den gefährlichen Druck auszugleichen. Der Volkswille soll durch Neuwahlen zum Reichstag Ausdruck erhalten. Es sollen auch nach Möglichkeit der Auswirkung des politischen Willens keine Hemmnisse mehr bereitet werden. So ist es zur Aufhebung der Brüning'schen politischen Einschränkungen gekommen. Das alles ist bekannt und auch mit guten Gründen durch die Verfassung zu stützen. Die Ministerien in München und in Karlsruhe sind jedoch anderer Meinung, sie stellen sich den Absichten der Reichsregierung entgegen und halten das Uniformverbot und die Verbote gegen die Organisationen der Nationalsozialisten aufrecht. Sie berufen sich dabei auf ihr Recht, auf Grund der Reichsverfassung alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Sicherung der öffentlichen Ordnung für notwendig halten. Dieses Recht haben die Länder, und das soll man ihnen auch nicht wegstreiten. Aber dieses Recht kann unmöglich dazu dienen, die Absicht der Reichsregierung zu durchkreuzen. Das kann nicht der Sinn der Reichsverfassung sein. Die Länder können sich auch nicht darauf berufen, daß die Reichsregierung verfassungswidrig handelt. Wie man hört, will die Reichsregierung, wenn eine Einigung in den bevorstehenden Besprechungen nicht erzielt wird, durch eine neue Notverordnung ihre Absichten durchsetzen. Es wäre gut, wenn es zu einer gütlichen Einigung käme. Es handelt sich hier um eine Frage der Loyalität der Länder gegenüber dem Reich. Als Herr Brüning mit seinen Sonderbestimmungen gegen die NSDAP. herantam, haben sich die Regierungen in Thüringen und in Braunschweig gefügt, obwohl sie anderer Meinung als Berlin waren. Sie wollten aber nicht die Politik der Reichsregierung durchkreuzen. Man wird schließlich auch in Süddeutschland einsehen, daß man den Bogen nicht überspannen kann. Heute schon bereut man in München, daß der Landtagspräsident überfällig sämtliche Abgeordneten der NSDAP durch die Polizei aus dem Landtag werfen ließ. Man möchte gerne die pelukische Geschichte ungeschehen machen. Solche Überlichkeiten können sich bitter rächen.

## Spannung zwischen Reich und Ländern.

Zwischen dem Reichsinnenminister von Gays und den Innenministern der deutschen Länder finden am Mittwoch neue Besprechungen zur Beilegung des Streites um Uniform- und SA-Verbot statt. Der Besprechung legt man in politischen Kreisen größtes Gewicht bei.

Aber die Absichten der Reichsregierung in dieser Sache hört man folgendes: Man ist in den Kreisen der Reichsregierung der Auffassung, daß die allgemeinen Uniformverbote in Bayern und Baden über das, was den Ländern im Rahmen ihrer Polizeihohheit zusteht, hinausgehen und glaubt, in der Besprechung die Länder auch von dieser Tatsache überzeugen zu können. Es ist beabsichtigt, den Ländern eine kurze Frist für die Aufhebung der Uniformverbote zu stellen, damit sie Gelegenheit haben, Übergangsmassnahmen zu schaffen. Sollte auf dieser Grundlage ein Einverständnis mit den Ländern nicht erzielt werden können, so hat man die Absicht, die Frage des Uniformtragens allgemein reichsrechtlich zu regeln, und zwar durch eine neue Notverordnung.

In dieser Notverordnung würde zum Ausdruck kommen, daß allgemeine Uniformverbote nur vom Reich erlassen werden können. Für die Länder würde im einzelnen bestimmt werden, wann und in welchem Umfang sie in einzelnen Fällen selbständig vorgehen können. Man spricht auch von der Verhängung des *Ausnahmestandes* über das ganze Reich.

Der Besprechung dieser Angelegenheiten geht auch eine Unterredung, die der Reichsinnenminister mit Führern der NSDAP. hatte. Sie haben bei ihm darüber Beschwerde geführt, daß die Länder das Uniformverbot nicht aufheben. Bei den Besprechungen mit den Ländern sollen übrigens auch die *Zusammenstöße* zur Sprache kommen, die sich in den letzten Tagen ereignet haben, wobei es sich offen zeigte, daß die *Kommunisten* bei den Überfällen ganz planmäßig vorgehen.

## Die nächsten Maßnahmen der Reichsregierung.

Neue Notverordnungen nach der Rückkehr des Reichsanstalters.

Nachdem durch die beiden ersten Notverordnungen nur eine Glättstellung der von der Regierung Brüning zurückgelassenen schwierigen Finanzlage erfolgt ist, wird das Reichskabinett nach der Rückkehr des Kanzlers und der Minister aus Lausanne wichtige politische Maßnahmen durchzuführen. Die entsprechenden Vorarbeiten werden bereits in den betreffenden Ministerien geleistet.

Die Verabschiedung des Reichshaushalts durch Notverordnung muß bis zum 30. d. M. erledigt sein. Schwierigkeiten sind dort nicht mehr zu erwarten. Der Reichshaushalt wird in wenigen Tagen bereits vom Reichsrat verabschiedet sein, so daß man unter Umständen noch für Ende dieser Woche bzw. für Anfang nächster Woche unmittelbar nach der Rückkehr von Papen die betreffende Notverordnung erwarten kann. Als wichtigste Aufgabe kommt dann die Frage der *Arbeitsbeschaffung* und der *Siedlung* in Betracht. Die größten Schwierigkeiten macht hier die Frage der Finanzierung des Programms, da im Reichshaushalt nur unzulängliche Summen vorzusehen sind. Der Gedanke einer

Prämienanleihe soll nicht wieder aufgegriffen werden, da man sich von einer solchen Anleihe nichts verspricht.

In der Frage der Siedlung dürfte man sehr viel weniger weit gehen, als das frühere Kabinett es beabsichtigte. Die von Brüning geplante Enteignung großer Güter im Osten wird die neue Regierung nur in erheblich geringerem Umfang durchzuführen, weil sie auf dem Standpunkt steht, daß alle Güterbetriebe, die noch gerettet werden können, auch gerettet werden müssen.

Unter allen Umständen soll vermieden werden, daß eine große Zahl von Gütern durch den Konkurs getrieben werde, weil in diesem Fall ja nicht nur die betreffenden Landwirte betroffen würden, sondern alle Gläubiger, d. h. also Sparkassen, Händler, Gewerbetreibende, Handwerker, erleiden große Verluste. Wenn das dazu führen würde, daß sogar Sparkassen und Genossenschaften ihre Schalter schließen müßten, würde es zu einer unüberschaubaren Notlage in den betreffenden Gebieten kommen.

In der Frage der Arbeitsbeschaffung denkt man daran, führende Männer aus diesen Gebieten zu einem Ausschuss zusammenzurufen, um auch deren Ansicht zu hören. Der von einer Berliner Zeitung bereits genannte Oberst *Hierl* von der NSDAP. wird sicher zu diesem Ausschuss gehören, es sollen aber in gleicher Weise auch Persönlichkeiten aus anderen politischen Lagern hinzugezogen werden.

Auch die Frage der organischen Umgestaltung der sozialen Fürsorge wird in Angriff genommen werden. Die zweite Notverordnung hat nur die finanzielle Grundlage für den weiteren Fortbestand überhaupt gesichert. Jetzt sollen durch Verwaltungsvereinfachung weitere *Ersparnisse* erzielt werden. Dabei denkt man zunächst nicht daran, irgendeine Form der Versicherung oder irgendeine Art der Losen aufzugeben, sondern man will z. B. die Anzahl der verschiedenen Kassen vermindern. Auch der Gedanke der Neugründung von Sportverbänden unter Reichsaufsicht wird wieder aufgegriffen werden; man wird auch hier schon bald mit positiven Plänen an die Öffentlichkeit treten.

## Förderung der freiwilligen Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Reichsarbeitsministerium ist seit langem bemüht, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Neuerdings sind auch die Landesarbeitsämter in den Dienst dieser Aufgabe gestellt worden, an der sie durch ihren Aufgabenteil besonders interessiert sind.

Die Landesarbeitsämter sollen durch besondere *Kurzarbeitsausschüsse* auf die Arbeitsvermittlung in den einzelnen Gewerbebezügen und Betrieben ihres Bezirks hinwirken und an den Verhandlungen dieser Ausschüsse auch die Gewerbeaufsichtsbeamten und gegebenenfalls die Schlichtungsorgane beteiligen.

Zugleich sind die Spitzengewerkschaften der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgefordert worden, die Landesarbeitsämter durch tatkräftige Mitarbeit bei der Durchführung dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

## Vor einer Hoover-Erklärung in Genf.

### Ueberraschende Einberufung des Hauptauschusses.

Genf. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz ist völlig unerwartet auf Antrag des amerikanischen Vorkonferenzen-Gitons für heute nachmittags 1/4 Uhr einberufen worden, obwohl der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson noch gestern abend den Zusammenritt des Hauptauschusses für Anfang Juli in Aussicht stellte. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Abgabe einer Erklärung der amerikanischen Regierung. Die Einberufung des Hauptauschusses geht auf einen unmittelbaren Wunsch des Präsidenten Hoover zurück und wird zur Verlesung einer Hoover-Erklärung vor der Abrüstungskonferenz führen. Diese neue Initiative der amerikanischen Regierung hat hier großes Aufsehen erregt und stimmt völlig mit den Schritten überein, die der amerikanische Vorkonferenzen-Gitons in den letzten Tagen gegen Herriot und MacDonald getan hatte.

### „Stellungskrieg“ in Lausanne.

In den gegenwärtig vollständig zum Stillstand gekommenen offiziellen Arbeiten der Tributkonferenz ist noch immer keine neue Wendung zu verzeichnen. Die Konferenz ist im Zustande des „Stellungskrieges“.

Macdonald spielt die Rolle des ehrlichen Mäkkers und sucht fortlaufend zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt zu vermitteln. Von englischer Seite wird gegenwärtig ein Druck auf die deutsche Abordnung ausgeübt, durch ein Entgegenkommen eine Wiederbelebung der Verhandlungen zu ermöglichen.

Der französische Standpunkt in der Tributfrage steht jetzt in allen Einzelheiten fest: man verlangt zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt eine *Abschlußzahlung* in der Form, daß Frankreich entweder an den Einnahmen der Reichsbahn oder der deutschen Industrie beteiligt wird, wobei die endgültige Abschlußzahlung Deutschlands vom Wohlstandsindeks und der gesamten Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft abhängig gemacht werden soll.

Der deutsche Standpunkt findet immer stärkere Unterstützung, da die Auffassung im Wachsen begriffen ist, daß eine Streichung der interalliierten Schulden durch die